

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 15/2025

10. April 2025

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Unanfechtbarkeit des Verbots des Vereins „United Tribuns“ und Gläubigeraufruf vom 26. März 2025
Bekanntmachung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat Gläubigeraufruf bezüglich des Verbots des Vereins „United Tribuns“ vom 17. März 2025 402

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung 2025 (VwV vorl. HWiF 2025)
Az.: 21-H 1200/295/15-2024/73847 vom 27. März 2025 403

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Planfeststellung für das Vorhaben „Lebendige Luppe, 4. Bauabschnitt – Zschampert“ – Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses – Gz.: 42-0522/529/53 vom 20. März 2025 407

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur Änderung der Satzung der Stiftung „Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit Dresden“ Gz.: 20-2245/231 vom 24. März 2025 410

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zwischen dem Wasserzweckverband Freiberg und dem Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen zur Übertragung der Aufgabe Wasserversorgung für die Grundstücke im OT Reichenbach, Gemarkung Reichenbach Flurstücke 587/1, 597/1 und 597/2 sowie im OT Seifersdorf, Gemarkung Seifersdorf Flurstücke 437/2, 453a, 481/1, 483/2 und 489/2 Gz.: 20-2217/3/45 vom 24. März 2025 411

Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgabe Wasserversorgung für die Grundstücke im OT Reichenbach, Gemarkung Reichenbach Flurstücke 587/1, 597/1 und 597/2 sowie im OT Seifersdorf, Gemarkung Seifersdorf Flurstücke 437/2, 453a, 481/1, 483/2 und 489/2 vom Wasserzweckverband Freiberg auf den Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen 411

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug der Verordnung zur Regelung des Verfahrens bei Zulassung und Überwachung industrieller Abwasserbehandlungsanlagen und Gewässerbenutzungen über den Antrag auf wasserrechtliche Genehmigung für den Bau und Betrieb einer Abwasserbehandlungsanlage auf dem Betriebsgelände der Vopelius Chemie AG Gz.: 41-8618/1133 vom 26. März 2025 415

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der dritten Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Wilde Sau“ vom 29. September 2015..... 417

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Unanfechtbarkeit des Verbots des Vereins „United Tribuns“ und Gläubigeraufruf

Vom 26. März 2025

Bekanntmachung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat Gläubigeraufruf bezüglich des Verbots des Vereins „United Tribuns“

Vom 17. März 2025

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat mit Verfügung vom 2. August 2022 den Verein „United Tribuns“ einschließlich seiner Teilorganisationen „World“, „Deutschland“, „Heidenheim“, „Northside“, „Sin City“, „Kiel MC“, „Elbdistrict“, „Remscheid“, „South West MC“, „Rhein District“, „Westside“, „Augsburg MC“, „Ingolstadt“, „Nürnberg“ und „München“ verboten. Der verfügende Teil des Verbots wurde mit Bekanntmachung vom 2. August 2022 (BAAnz AT 14.09.2022 B1) ebenso wie die Bekanntmachung über die Unanfechtbarkeit des Verbots des Vereins „United Tribuns“ vom 11. Februar 2025 (BAAnz AT 21.02.2025 B2) im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Gläubigeraufruf

Die Gläubiger des verbotenen Vereins „United Tribuns“ einschließlich seiner Teilorganisationen werden nach § 15 Absatz 1 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts aufgefordert,

- ihre Forderungen bis zum 22. April 2025 schriftlich unter Angabe des Betrages und des Grundes bei dem Bundesministerium des Innern und für Heimat, Alt-Moa-bit 140, 10557 Berlin, anzumelden,
- ein im Fall der Insolvenz beanspruchtes Vorrecht anzugeben, soweit dieses Voraussetzung für eine vorzeitige Befriedigung nach § 16 Absatz 1 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts ist,
- nach Möglichkeit urkundliche Beweisstücke oder Abschriften hiervon beizufügen.

Es wird darauf hingewiesen, dass Forderungen, die bis zum 22. April 2025 nicht angemeldet werden, nach § 13 Absatz 1 Satz 3 des Vereinsgesetzes erlöschen.

Berlin, den 17. März 2025
ÖSII1-50004/11#24

Bundesministerium des Innern und für Heimat
Im Auftrag
Rüß

Dresden, den 26. März 2025

Sächsisches Staatsministerium des Innern
Frey
Stellvertretende Referatsleitung

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Verwaltungsvorschrift

des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen

zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung 2025

(VwV vorl. HWiF 2025)

Az.: 21-H 1200/295/15-2024/73847

Vom 27. März 2025

Gemäß § 5 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, wird zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2025 folgende Verwaltungsvorschrift erlassen:

In der Zeit vom 1. Januar 2025 bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2025/2026 erfolgt die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel auf der Grundlage des Artikels 98 der Sächsischen Verfassung sowie der nachfolgenden Regelungen.

I.

Rechtliche Grundlagen für die vorläufige Haushalts- und Wirtschaftsführung 2025

1. Artikel 98 der Sächsischen Verfassung

1.1 Ermächtigungen und Zuständigkeit

(1) Die Bewirtschaftung der Ausgaben in der Zeit der vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung erfolgt gemäß Artikel 98 Absatz 1 der Sächsischen Verfassung. Danach können Ausgaben geleistet werden, die nötig sind, um

- a) gesetzlich bestehende Einrichtungen zu erhalten und gesetzlich beschlossene Maßnahmen durchzuführen,
- b) die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Freistaats zu erfüllen,
- c) Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen fortzusetzen oder Beihilfen für diese Zwecke weiter zu gewähren, sofern durch den Haushaltsplan eines Vorjahres bereits Beträge bewilligt worden sind.

(2) Die Zuständigkeit für die Auslegung und Anwendung des Artikels 98 der Sächsischen Verfassung im konkreten Einzelfall liegt allein bei den Ressorts. Die Verantwortung des jeweiligen Ressorts entspricht auch der Systematik der Verfassung, die in Artikel 63 Absatz 2 der Sächsischen Verfassung das Ressortprinzip festlegt. § 9 Absatz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung folgt dieser Systematik, indem die Zuständigkeit für die Ausführung des Haushalts der oder dem Beauftragten für den Haushalt zugeordnet wird. Bei allen Einzelentscheidungen verbleibt die Beurteilung des Artikels 98 der Sächsischen Verfassung in der Verantwortung des Bewirtschafters. Die Möglichkeit, im Rahmen dieser Verwaltungsvorschrift Festlegungen für Gebiete, auf denen das Staatsministerium der Finanzen die allgemeine Federführung hat, zu treffen, bleibt davon unberührt.

1.2 Erläuterungen zu Artikel 98 der Sächsischen Verfassung

1.2.1 Nötigkeit

Die Leistung von Ausgaben wird als nötig eingeschätzt, wenn sie zur Erreichung des angestrebten Zwecks geeignet, sowie sachlich notwendig und zeitlich unaufschiebbar sind. Die Ausgaben müssen dabei durch einen der Zwecke gedeckt sein, die in Artikel 98 Absatz 1 der Sächsischen Verfassung aufgezählt sind, und ohne die Ausgaben würde einer der dort vorausgesetzten öffentlichen Zwecke verletzt werden.

Unaufschiebbar sind Ausgaben, wenn sie bis zur Verabschiedung des Haushaltsgesetzes 2025/2026 nicht zurückgestellt werden können.

1.2.2 Erhaltung gesetzlich bestehender Einrichtungen

(1) Als gesetzlich bestehende Einrichtungen sind alle Behörden, Dienststellen, Institute, Anstalten etc. zu verstehen, die errichtet wurden und ganz oder teilweise aus dem Staatshaushalt zu finanzieren sind. Dabei dürfen die Ausgaben, die zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs erforderlich sind, geleistet werden. Beurteilungsmaßstab hierfür sind die Ausgaben, die für die jeweilige Einrichtung 2024 geleistet wurden. Sofern im Entwurf des Haushaltsplans 2025 niedrigere Ansätze veranschlagt sind, gelten diese als Beurteilungsmaßstab.

(2) Die Schaffung neuer Einrichtungen ist nicht zulässig, es sei denn, es besteht eine rechtliche Verpflichtung.

1.2.3 Durchführung gesetzlich beschlossener Maßnahmen

Zu den Ausgaben zur Durchführung gesetzlich beschlossener Maßnahmen rechnen auch die Ausgaben, die dem Grunde nach gesetzlich vorgesehen, der Höhe nach aber noch unbestimmt sind.

1.2.4 Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen

Ausgaben zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen sind nach dem Grundsatz der Vertragstreue in jedem Fall zu leisten. Dabei müssen die rechtlichen Verpflichtungen vor dem 1. Januar 2025 begründet worden sein.

Insoweit Artikel 98 Absatz 1 der Sächsischen Verfassung zur Leistung von Ausgaben ermächtigt, können auch während der vorläufigen Haushaltsführung rechtsgeschäftliche Verpflichtungen für das laufende Haushaltsjahr eingegangen werden.

1.2.5 Fortsetzung von Bauten, Beschaffungen und sonstigen Leistungen

(1) Unter Bauten und Beschaffungen sind große und kleine Baumaßnahmen sowie Beschaffungen im Sinne von § 24 der Sächsischen Haushaltsordnung zu verstehen. Ausgaben dürfen nur geleistet werden, wenn die Maßnahme vor dem 1. Januar 2025 begonnen wurde. Dabei gilt eine Baumaßnahme als begonnen, wenn

- es sich um ein Realisierungsvorhaben (staatl. Hochbau) gemäß dem Entwurf des Haushaltsplans 2025 handelt oder
- der Bau- beziehungsweise Beschaffungsauftrag vor dem 1. Januar 2025 ausgelöst wurde oder
- eine rechtliche Bindung hinsichtlich des Beginns der Baumaßnahme in der Hauptsache (staatl. Hochbau: Ausschreibung im Bereich der Kostengruppen 200 bis 500 nach DIN 276) eingegangen wurde. Vorbereitungsmaßnahmen (staatl. Hochbau: Kostengruppe 700 nach DIN 276) gelten dagegen nicht als Beginn in diesem Sinne.

(2) Ausgaben für sonstige Leistungen sind zulässig, sofern sie der Fortsetzung bereits begonnener Maßnahmen dienen.

(3) Voraussetzung für Fortsetzungen ist, dass für diese Zwecke durch den Haushaltsplan 2024 bereits Beträge bewilligt wurden und für deren weitere Finanzierung im Entwurf des Haushaltsplans 2025 eine entsprechende Ausgabeermächtigung vorgesehen ist.

1.2.6 Weitere Gewährung von Beihilfen für Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen

(1) Unter Beihilfen sind insbesondere Zuwendungen im Sinne der §§ 23, 44 der Sächsischen Haushaltsordnung zu verstehen. Bereits bewilligte Maßnahmen können fortgesetzt werden. Zu den Voraussetzungen gilt Nummer 1.2.5 Absatz 3 entsprechend.

(2) Im Rahmen der Fortführung von Förderprogrammen ist im Einzelfall auch die Bewilligung von neuen Einzelprojekten möglich. Die Einordnung eines Einzelfalls in den Rahmen einer Fortsetzung von Förderprogrammen kann bei Vorliegen folgender Voraussetzungen erfolgen:

- a) die Fördervoraussetzungen des Programms im Entwurf des Haushaltsplans 2025 gelten ohne inhaltliche Änderungen oder Leistungsausweitungen gegenüber dem Haushaltsjahr 2024 fort und
- b) im Entwurf des Haushaltsplans 2025 ist eine entsprechende Ausgabeermächtigung vorgesehen.

Weiterer Anhaltspunkt für die Fortführung von Förderprogrammen kann der erkennbare Wille des Haushaltsgesetzgebers sein, insbesondere:

- durch im abgelaufenen Haushaltsjahr ausgebrachte Verpflichtungsermächtigungen oder
- dieser Wille ist nicht an Bedingungen geknüpft, die eine erneute Veranschlagung betreffen könnten (zum Beispiel Evaluationsgutachten) oder
- sonstige Befassungen politischer Gremien geben keinen Anlass zu Zweifeln am diesbezüglichen Willen des Haushaltsgesetzgebers (zum Beispiel qualifizierte Sperren, Aussagen in Koalitionsvereinbarungen).

(3) Absatz 2 gilt grundsätzlich auch für sonstige Leistungen, die nicht im förmlichen Zuwendungsverfahren gewährt werden.

(4) Die Bewilligung von Projekten, die auf einer in 2025 beabsichtigten Erweiterung von Fördertatbeständen beruht, ist nicht zulässig.

(5) Institutionelle Förderung umfasst nur die notwendige Finanzierung maximal im bisherigen Umfang für Personal und Ausstattung. Neue institutionelle Förderungen sind nicht zulässig.

2. Artikel 96 der Sächsischen Verfassung

Die Anwendung des Artikels 96 der Sächsischen Verfassung ist durch Artikel 98 der Sächsischen Verfassung nicht ausgeschlossen. Allerdings ist hier – im Gegensatz zu Anwendung beziehungsweise Auslegung des Artikels 98 der Sächsischen Verfassung – die Einwilligung des Staatsministers der Finanzen und gegebenenfalls die Genehmigung des Landtages erforderlich.

3. § 34 Absatz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung

Gemäß § 34 Absatz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung sind Einnahmen stets rechtzeitig und vollständig zu erheben.

4. § 45 Absatz 1 der Sächsischen Haushaltsordnung

Die nach § 45 Absatz 1 Satz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung weiter geltenden, nicht in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen des abgelaufenen Haushaltsplans dürfen nach Maßgabe der im Haushaltsplan 2024 angegebenen Jahresfälligkeiten für die Jahre ab 2026 in Anspruch genommen werden. Bewirtschaftungseinschränkungen der Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsvollzug 2024 gelten fort. Bei der Inanspruchnahme ist darauf zu achten, dass bei der betreffenden Haushaltsstelle im Entwurf des Haushaltsplans 2025 eine Verpflichtungsermächtigung 2025 mit Fälligkeiten ab 2026 ausgebracht ist.

Nicht in Anspruch genommene über- und außerplanmäßige sowie zusätzlich bewilligte Verpflichtungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2024 sind zum 31. Dezember 2024 verfallen.

5. § 45 Absatz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung

Die aus dem Haushaltsjahr 2024 in das Haushaltsjahr 2025 übertragenen Ausgabereste unterliegen nicht den Beschränkungen des Artikel 98 Absatz 1 der Sächsischen Verfassung und damit auch nicht dieser Verwaltungsvorschrift.

II.

Bewirtschaftungsregeln des Staatsministeriums der Finanzen

1. Höhe der verfügbaren Haushaltsmittel

(1) Grundlage der vorläufigen Haushaltsführung 2025 ist der von der Staatsregierung beschlossene Entwurf des Haushaltsplans 2025 mit den Haushaltsstrukturen (einschließlich der Ausgabenkategoriezuordnung) und den haushaltsstellenkonkreten Ansätzen der Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen als Obergrenze.

(2) Die auf der Grundlage des Artikels 98 der Sächsischen Verfassung zu leistenden Ausgaben beziehungsweise das Eingehen von Verpflichtungen zur Leistung von

Ausgaben im Haushaltsjahr 2025 werden der Höhe nach haushaltsstellenkonkret wie folgt begrenzt:

- a) bis zu 100 Prozent der Obergrenze unter Berücksichtigung ausgebrachter globaler Minderausgaben für die Leistung von Ausgaben in den Kategorien „stellenplan-gebundene Ausgaben“ und „konsumtive Zuschüsse an Staatsbetriebe, Duale Hochschule und medizinische Fakultäten sowie das Hochschulbudget“;
- b) bis zu 100 Prozent der Obergrenze für die Leistung von Ausgaben und das Eingehen von neuen Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben für das Haushaltsjahr 2025 in den Kategorien „Versorgungsausgaben“ und „gesetzliche Leistungen“;
- c) bis zu 60 Prozent der Obergrenze für die Leistung von Ausgaben und das Eingehen von neuen Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben für das Haushaltsjahr 2025 in den Kategorien „Bundesprogramme“ und „EU-Programme“;
- d) bis zu 50 Prozent der Obergrenze für die Leistung von Ausgaben und das Eingehen von neuen Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben für das Haushaltsjahr 2025 in der Kategorie „Sonstige Ausgaben“.

Der Verfügungsrahmen darf im Einzelfall haushaltsstellenkonkret bis zu 70 Prozent der Obergrenze ausgeschöpft werden, wenn der Verfügungsrahmen von bis zu 50 Prozent der Obergrenze über alle Ausgaben der Kategorie „Sonstige Ausgaben“ hinweg eingehalten wird.

Das Eingehen von Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben in den Haushaltsjahren 2026 ff. ist haushaltsstellenkonkret auf der Grundlage des Artikels 98 der Sächsischen Verfassung im Umfang von bis zu 50 Prozent der Obergrenze möglich. Auf diesen Verfügungsrahmen sind Inanspruchnahmen von Verpflichtungsermächtigungen gemäß Ziffer I Nummer 4 anzurechnen.

Es ist zu beachten, dass die Verfügungsrahmen nicht schematisch ausgeschöpft, sondern nur im Rahmen der Ermächtigung des Artikels 98 der Sächsischen Verfassung bewirtschaftet werden dürfen.

(3) Zusätzlich zu den Verfügungsrahmen gemäß Absatz 2 Buchstabe c und d können Ausgaben geleistet werden, wenn dies zur Erfüllung von vor dem 1. Januar 2025 begründeten Rechtsverpflichtungen notwendig ist und hierfür keine übertragenen Ausgaberechte zur Verfügung stehen. Die Erfüllung von vor dem 1. Januar 2025 begründeten Rechtsverpflichtungen und das Eingehen von neuen Verpflichtungen ist auf 90 Prozent der Obergrenze begrenzt. Eine im Einzelfall bereits vor Inkrafttreten dieser Verwaltungsvorschrift erfolgte Überschreitung der Begrenzung bleibt hiervon unberührt.

(4) An die Einnahmenhöhe gekoppelte Ausgaben, die vollständig aus zweckgebundenen Zuweisungen oder Zuschüssen Dritter finanziert werden, dürfen bis zur Höhe der tatsächlich eingegangenen Einnahmen geleistet werden. Vorfinanzierungen werden in Höhe von 50 Prozent der im Haushaltsjahr erwarteten Einnahmen zugelassen.

(5) Die im Entwurf des Haushaltsplans 2025 enthaltenen Kopplungsvermerke dürfen in Anspruch genommen werden beziehungsweise sind zu beachten. Vorfinanzierungen werden in Höhe von 50 Prozent der im Haushaltsjahr erwarteten Einnahmen zugelassen.

(6) Die in den §§ 9 und 11 Haushaltsgesetz 2023/2024 vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 686) geregelten Deckungsfähigkeiten sowie Deckungsfähigkeiten, welche im Haushaltsplan 2024 sowie unverändert im Entwurf des Haushaltsplans 2025 enthalten sind, dürfen in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus im Entwurf des Haushalts-

plans 2025 neu aufgenommene Deckungsfähigkeiten dürfen nicht in Anspruch genommen werden. In Fällen des Satzes 1 gelten die Verfügungsrahmen nach Absatz 2 und 3 für den jeweiligen Deckungskreis.

2. Bewirtschaftung von Stellen

(1) Bewirtschaftet werden können grundsätzlich die Stellen (Anzahl und Wertigkeit), die sowohl im Stellenplan des Haushaltsplans 2024 als auch im Stellenplan des Entwurfs des Haushaltsplans 2025 enthalten sind. Voraussetzung ist dabei die Einhaltung des Verfügungsrahmens nach Nummer 1 Absatz 2 Buchstabe a im gesamten Haushaltsjahr.

(2) Stellenplanänderungen und Ausnahmen zur Stellenbesetzung, denen im Haushaltsvollzug 2023 oder 2024 vom Staatsministerium der Finanzen mit Geltungsdauer bis zum 31. Dezember 2024 zugestimmt wurden, gelten für die Zeit der vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung fort, soweit diese Vollzugsmaßnahmen in den Stellenplan des Entwurfs des Haushaltsplans 2025 übernommen wurden oder die Bewirtschaftung von Stellen aus dem Personalpool Demografie oder dem Personalpool Digitalisierung betreffen. Dies gilt auch für im Haushaltsvollzug ausgebrachte Leerstellen und Abordnungsleerstellen.

3. Sonstige Personalmaßnahmen

Als Grundlage für Personalmaßnahmen, die das nicht vom Stellenplan erfasste Personal betrifft (§ 7 Haushaltsgesetz 2023/2024), kann Artikel 98 Absatz 1 Nummer 3 der Sächsischen Verfassung herangezogen werden. Die Ausführungen unter Ziffer I Nummer 1.2.5 und 1.2.6 gelten entsprechend.

4. Einsparung von nicht veranschlagten Ausgaben

Die im Rahmen der vorläufigen Bewirtschaftung entstandenen Ausgaben, die die Ansätze des durch das Haushaltsgesetz 2025/2026 festgestellten Haushaltsplans 2025 überschreiten, sind im jeweiligen Einzelplan einzusparen.

5. Buchung von Einnahmen und Ausgaben, Anrechnung der Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen auf die Ansätze 2025

(1) Einnahmen und Ausgaben sind bei den im Entwurf des Haushaltsplans 2025 ausgebrachten Haushaltsstellen zu buchen. Vor Inkrafttreten dieser Verwaltungsvorschrift auf anderen Haushaltsstellen erfolgte Buchungen sollen bis zum 30. April 2025 auf die ausgebrachten Haushaltsstellen umgebucht werden.

(2) Da das Haushaltsgesetz 2025/2026 mit dem Haushaltsplan 2025 rückwirkend zum 1. Januar 2025 in Kraft tritt, werden die seither fehlenden Ausgabeermächtigungen durch den festgestellten Haushaltsplan nachträglich ersetzt. Die bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes geleisteten Ausgaben und in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen werden auf das Haushaltsjahr 2025 angerechnet. Damit werden die während der vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung geleisteten Ausgaben und eingegangenen Verpflichtungen nachträglich zu „planmäßigen“ Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen, soweit sie im Haushaltsplan 2025 veranschlagt sind.

Andernfalls sind diese in der Haushaltsrechnung als Haushaltsüberschreitung im Sinne von Artikel 98 Sächsische Verfassung nachzuweisen.

6. Staatsbetriebe und Sondervermögen

(1) Diese Verwaltungsvorschrift gilt für Staatsbetriebe entsprechend.

(2) Zuführungen an und Ablieferungen aus Sondervermögen unterliegen den Regeln zur vorläufigen Haushaltsführung, nicht aber die Bewirtschaftung der Sondervermögen als solche.

7. Ausnahmen

Das Staatsministerium der Finanzen kann innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens für die unter Ziffer II. Nummer 1 getroffenen Regelungen Ausnahmen zulassen. Die Anträge sind hinreichend begründet an die jeweiligen Spiegelreferate zu richten.

8. Anwendung von Verwaltungsvorschriften

Die Nummern 1.2, 1.3, 2.3, 2.4, 3, 5 und 7 der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der

Finanzen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung 2023 und 2024 vom 21. Dezember 2022 (SächsABl. 2023 S. 50), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 1. Dezember 2023 (SächsABl. SDr. S. S 253), in der am 31. Dezember 2024 geltenden Fassung, gelten entsprechend weiter.

Der Meldung gemäß Nummer 3.1 der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung 2023 und 2024 ist die Stellenanzahl 2024 laut Haushaltsplan 2024 gegenüberzustellen.

III.**Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 31. März 2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung 2025 vom 12. Dezember 2024 (SächsABl. 2025 S. 5) außer Kraft.

Dresden, den 27. März 2025

Der Staatsminister der Finanzen
Christian Piwarz

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Planfeststellung für das Vorhaben „Lebendige Luppe, 4. Bauabschnitt – Zschampert“ – Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses –

Gz.: 42-0522/529/53

Vom 20. März 2025

Die Landesdirektion Sachsen hat den Plan für das oben bezeichnete Vorhaben mit Planfeststellungsbeschluss vom 17. Dezember 2024, Gz.: 42-0522/529/53, auf Antrag der Stadt Leipzig, Amt für Stadtgrün und Gewässer, Abteilung Gewässerentwicklung, Technisches Rathaus, Prager Straße 118–136, 04317 Leipzig vom 27. September 2021 gemäß § 68 Absatz 1, § 67 Absatz 2 und § 70 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist, in Verbindung mit den §§ 72 ff. des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 236) geändert worden ist, festgestellt. Aufgrund von § 102a des Verwaltungsverfahrensgesetzes wurde jedoch auf das oben bezeichnete Verfahren die Gesetzesfassung angewandt, die bis zum 31. Dezember 2023 galt. Darüber hinaus erfolgte im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens aufgrund der bestehenden UVP-Pflicht des Vorhabens eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Gemäß § 74 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 23. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist, wurde jedoch die Fassung angewandt, die vor dem 16. Mai 2017 galt.

Bei diesem Vorhaben sind die beiden Städte Schkeuditz und Leipzig Träger des Vorhabens.

I

Gegenstand der Planfeststellung ist ein Gewässerausbauvorhaben, in dessen Mittelpunkt die Revitalisierung des Zschampert steht. Bei dem zugelassenen Vorhaben handelt es sich um den 4. Bauabschnitt des Projekts „Lebendige Luppe – Wiederherstellung ehemaliger Fließgewässer in der Luppenaue“. Das Vorhabengebiet wird von der Neuen Luppe im Norden, dem Feuchtgebiet Kleewinkel im Osten, dem Gemeindegebiet von Kleinliebenau, dem Augrabem und dem Saale-Leipzig-Kanal im Süden und der Landesgrenze nach Sachsen-Anhalt im Westen umgrenzt.

Bei der Umsetzung des 4. Bauabschnitts steht die Fließgewässerrenaturierung des Zschampert, bei der dieser als eigenständiges Gewässer typgerecht entwickelt und als Bestandsgewässer aufgewertet wird, vom Saale-Leipzig-Kanal bis zum Luppe-Wildbett (Zschampert-Unterlauf) am Südrand des Auwaldes im Vordergrund. Hierfür wird der Zschampert teilweise in sein historisches Gewässerbett zurückverlegt.

Mit dem Vorhaben geht eine Verlängerung der Fließstrecke von 2,0 km auf rund 6,5 km einher, wobei der Zschampert zukünftig in das Luppe-Wildbett und nicht mehr in die Alte Luppe mündet.

Um eine teilflächige Überflutung des Hartholzauwaldes zu erreichen, sieht die Planung im Hochwasserfall (bis zu einem HQ5) die schadlose Mitführung des Hochwassers aus dem Zschampert bis zum Auwald vor. Im Bereich vom Saale-Leipzig-Kanal bis zum Grünen Winkel (1,1 km) wird dazu die Sohle des Zschampert um circa 80 cm angehoben und das Profil zur Schaffung einer Wechselwasserzone (Sekundäraue) angepasst. Im weiteren Verlauf erfolgt im Zschampert-Unterlauf bis zu seiner Mündung die Revitalisierung (Wiederherstellung) des Gewässers in seinem historischen Verlauf (5,4 km), wobei einzelne Gewässerabschnitte neu angelegt beziehungsweise wiederhergestellt werden müssen.

Mit dem Ausbau des Gewässers ist die Errichtung von insgesamt 11 Bauwerken, wie Furten und Brücken sowie ein größeres Brückenbauwerk an der Bundesstraße B 186 neu, zum Erhalt von Wegebeziehungen und zur Gewässerquerung verbunden.

Der Zschampert wird derzeit durch anfallendes Wasser aus seinem Einzugsgebiet und Wasser aus dem Saale-Leipzig-Kanal sowie bei Vorhandensein aus Überschusswasser aus dem Kulkwitzer See gespeist. Damit auch in Trockenzeiten Wasser aus dem Saale-Leipzig-Kanal in den Zschampert abgegeben werden kann, ist zur Verstärkung der Wasserführung im Niedrigwasserfall eine Wasserüberleitung aus dem Hafenbecken des Lindenaues Hafens in den Saale-Leipzig-Kanal von 50 l/s vorgesehen.

Nach Abschluss der Arbeiten wird im Bereich zwischen dem Saale-Leipzig-Kanal und dem Grünen Winkel ein 6,5 km langes, naturnahes Fließgewässer entstehen. Dieser „neue“ Zschampert wird mit seinen natürlichen Ausuferungen und einer gesteigerten Wasserzufuhr den Auwald wieder regelmäßig mit Wasser versorgen.

II

Der Planfeststellungsbeschluss beinhaltet die Feststellung des Plans einschließlich naturschutzfachlicher Kompensationsmaßnahmen. Trotz der naturschutzfachlichen Ausrichtung des Projekts sind im Zuge der Umsetzung des Vorhabens Eingriffe in Natur und Landschaft nicht zu vermeiden.

Mit dem Planfeststellungsbeschluss wird gemäß §§ 68 Absatz 1 und 3, 67 Absatz 1 und 2 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie gemäß § 70 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit §§ 13 Absatz 1, 14 Absatz 3 bis 6 des Wasserhaushaltsgesetzes und §§ 72 ff. des Verwaltungsverfahrensgesetzes der vorgelegte Plan für das Vorhaben „Lebendige Luppe, 4. Bauabschnitt – Zschampert“ für den Ausbau des Zschamperts und für die naturschutzfachlichen Maßnahmen festgestellt.

Des Weiteren wird die wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit § 6 des Sächsischen Wassergesetzes zur Entnahme und Ableitung von 50,00 l/s Wasser aus dem Hafenbecken des Lindenauer Hafens in den Saale-Leipzig-Kanal und das Entnehmen und Ableiten von maximal 60,00 l/s Wasser aus dem Saale-Leipzig-Kanal in den Zschampert sowie die Entnahme von Wasser im Bereich der Baustellen zur Errichtung von Anlagen im Sinne des § 26 des Sächsischen Wassergesetzes zum Zwecke der bauzeitlichen Wasserhaltung und für die Ableitung des Wassers aus der bauzeitlichen Wasserhaltung im Umfang der Antragstellung erteilt.

Zudem enthält er Inhalts- und Nebenbestimmungen insbesondere zu wasserfachlichen und bautechnischen Belangen, zu Belangen des Gewässerschutzes, zu Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege, des Bodens und der Abfallwirtschaft sowie des Immissionsschutzes, zu Belangen der Archäologie und des Denkmalschutzes, der Landwirtschaft und des öffentlichen Verkehrs, zu Anlagen der öffentlichen Ver- und Entsorgung sowie zu sonstigen öffentlichen und privaten Belangen. Damit darf das Vorhaben entsprechend dem verfügenden Teil des Planfeststellungsbeschlusses umgesetzt werden.

Für das Ausbauvorhaben einschließlich der landschaftspflegerischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden Grundstücke in den Gemarkungen Kleinliebenau, Dölzig, Schkeuditz, Burghausen, Schönau und Gundorf beansprucht.

Der Beschluss schließt aufgrund der Konzentrationswirkung der Planfeststellung gemäß § 75 Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes wasserrechtliche Ausnahmeentscheidungen, eine Ausnahme und Befreiungen nach Naturschutzrecht sowie die Entscheidung über den Eingriff in Natur und Landschaft mit ein. So ergibt sich aus der Planfeststellung des Vorhabens dessen Zulässigkeit hinsichtlich aller öffentlich-rechtlichen Zulassungserfordernisse.

Für das Vorhaben bestand die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß §§ 3a und § 5 in Verbindung mit Anlage 1 Nummer 13.18.1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Diese wurde als unselbstständiger Teil des Planfeststellungsverfahrens durchgeführt. Die Bewertung der Umweltauswirkungen des Vorhabens wurde bei der Entscheidung über dessen Zulässigkeit berücksichtigt. Die entsprechenden Unterlagen sind dem Planfeststellungsbeschluss beigelegt.

In dem Planfeststellungsbeschluss ist im Übrigen über eine rechtzeitig erhobene Einwendung sowie Stellungnahmen, Forderungen und Anregungen, welche das oben genannte festgestellte Vorhaben betreffen, entschieden worden.

Der Planfeststellungsbeschluss ist sofort vollziehbar, da gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), die zuletzt

durch Artikel 11 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist, die sofortige Vollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses angeordnet wurde.

Der Planfeststellungsbeschluss wurde den beiden Trägern des Vorhabens, denjenigen, über deren Einwendungen entschieden worden ist, und den Vereinigungen nach § 73 Absatz 4 Satz 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes, über deren Stellungnahmen entschieden worden ist, zugestellt (§ 74 Absatz 4 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes).

III

Eine Ausfertigung des oben genannten Planfeststellungsbeschlusses einschließlich Rechtsbehelfsbelehrung und einer Ausfertigung des festgestellten Plans liegt gemäß § 74 Absatz 4 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in Papierform in der Zeit vom

**Dienstag, den 22. April 2025 bis einschließlich
Montag, den 5. Mai 2025**

- in der **Stadt Leipzig, Neues Rathaus, Stadtplanungsamt, Martin-Luther-Ring 4-6, 04109 Leipzig, Zimmer 498**
während der Dienststunden: **Uhrzeit von – bis**

Montag	8:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag	8:00 Uhr bis 16:00 Uhr
Mittwoch	8:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Donnerstag	8:00 Uhr bis 16:00 Uhr
Freitag	8:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Hinweis der Stadt Leipzig: Am Freitag, den 2. Mai 2025 bleibt das Stadtplanungsamt für den Besucherverkehr geschlossen.
- in der **Stadt Leuna, Außenstelle Gesundheitszentrum, Rudolf-Breitscheid-Straße 18, 06237 Leuna, Zimmer 2.09**
während der Dienststunden: **Uhrzeit von – bis**

Montag	9:00 Uhr bis 12:00 Uhr 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag	9:00 Uhr bis 12:00 Uhr 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Mittwoch	9:00 Uhr bis 12:00 Uhr 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Donnerstag	9:00 Uhr bis 12:00 Uhr 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr
Freitag	9:00 Uhr bis 12:00 Uhr geschlossen
- in der **Großen Kreisstadt Schkeuditz, Amtsgasse 11, 04435 Schkeuditz, 2. OG, Zimmer 2.01**
während der Dienststunden: **Uhrzeit von – bis**

Montag	8:00 Uhr bis 12:00 Uhr geschlossen
Dienstag	9:00 Uhr bis 12:00 Uhr 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	9:00 Uhr bis 12:00 Uhr (13:00 Uhr bis 17:00 Uhr)*
Freitag	9:00 Uhr bis 12:00 Uhr geschlossen

* donnerstags ist eine Einsicht während der Dienstzeiten lediglich nach Terminvereinbarung (per E-Mail an stadtentwicklung@schkeuditz.de) möglich.

zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

Die Auslegung wird parallel in den Städten Leipzig, Leuna und Schkeuditz zuvor ortsüblich bekannt gemacht.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen sind die Einwender sowie die vom Vorhaben betroffenen Grundeigentümer und sonstigen Nutzungsberechtigten nicht namentlich dargestellt. Auskünfte zu eigenen Grundstücken und Einwendungen können nur nach Vorlage eines Personalausweises oder Passes erteilt werden.

In Anwendung des § 27a Absatz 1 Satz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der bis zum 31. Dezember 2023 gültigen Fassung werden während der Auslegungszeit die auszulegenden Unterlagen auch über die Internetseiten der drei Städte zur Einsichtnahme zugänglich gemacht:

- in der Stadt Leipzig unter www.leipzig.de/bauleitplanung-aktuell,
- in der Stadt Leuna unter <https://www.leuna.de/de/weitere-bekanntmachungen.html> und
- in der Stadt Schkeuditz unter <https://www.schkeuditz.de/stadt-buergerservice/verwaltung/stadtentwicklung/planfeststellungen/>.

Die Bekanntmachung einschließlich des Planfeststellungsbeschlusses sowie der festgestellten Planunterlagen ist während des genannten Auslegungszeitraumes auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz/Wasserwirtschaft einsehbar. Maßgeblich ist jedoch der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen.

Es besteht die Möglichkeit, den Beschluss gemäß § 74 Absatz 5 Satz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bei der Landesdirektion Sachsen abzufordern.

Mit Ende der Auslegungsfrist gilt der Beschluss auch gegenüber den übrigen Betroffenen als zugestellt (§ 74 Absatz 4 Satz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes).

Chemnitz, den 20. März 2025

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter Umweltschutz

V

Rechtsbehelfsbelehrung des Planfeststellungsbeschlusses

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts oder elektronisch Klage beim Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig erhoben werden. Wird die Klage elektronisch erhoben, gelten die Maßgaben der §§ 55a und 55d der Verwaltungsgerichtsordnung sowie der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung in der jeweils geltenden Fassung. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen.

Durch die Anordnung der sofortigen Vollziehung in AVIII entfällt die aufschiebende Wirkung einer Anfechtungsklage gegen diesen Planfeststellungsbeschluss. Ein Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung (§ 80 Absatz 5 Satz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung) kann nur innerhalb eines Monats nach Zustellung des Planfeststellungsbeschlusses gestellt und begründet werden.

Gegen die gleichzeitig zugelassenen wasserrechtlichen Erlaubnisse nach § 8 des Wasserhaushaltsgesetzes kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, Widerspruch eingelegt werden.

Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zur Änderung der Satzung der Stiftung
„Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit Dresden“**

Gz.: 20-2245/231

Vom 24. März 2025

Mit Bescheid der Landesdirektion Sachsen vom 20. März 2025 wurde die vom Kuratorium der Stiftung „Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit Dresden“ mit Sitz in Dresden am 20. Januar 2025 beschlossene Satzungsänderung genehmigt.

Die Stiftung hat im Wege der Satzungsänderung unter anderem ihren Namen neu bestimmt und heißt nun:

Stiftung „Evangelische Hochschule Dresden“.

Des Weiteren hat die Stiftung ihre Zwecke angepasst. Die werden nun wie folgt beschrieben:

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und kirchliche Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Stiftung ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, die Förderung der Erziehung- und Berufsbildung. Die Stiftung unterhält zur Verwirklichung des Stiftungszwecks eine Hochschule mit dem Namen „Evangelische Hochschule Dresden“ und sonstige Einrichtungen, wie sie für die akademische Lehre, Forschung und Fort- und Weiterbildung im Blick auf diakonische, pädagogische, pflegende und soziale Berufe erforderlich sind.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 24. März 2025

Landesdirektion Sachsen
Rossmann
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zwischen
dem Wasserzweckverband Freiberg und dem
Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung
Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen
zur Übertragung der Aufgabe Wasserversorgung für die Grundstücke
im OT Reichenbach, Gemarkung Reichenbach Flurstücke
587/1, 597/1 und 597/2 sowie im OT Seifersdorf, Gemarkung
Seifersdorf Flurstücke 437/2, 453a, 481/1, 483/2 und 489/2**

Gz.: 20-2217/3/45

Vom 24. März 2025

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 10. März 2025 auf der Grundlage von § 72 Absatz 1 Satz 3 und 4 in Verbindung mit § 49 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die am 23. September 2024/13. Februar 2025 geschlossene „Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgabe Wasserversorgung für die Grundstücke im OT Reichenbach, Gemarkung Reichenbach Flurstücke 587/1, 597/1 und 597/2 sowie im OT Seifersdorf, Gemarkung Seifersdorf Flurstücke 437/2, 453a, 481/1,

483/2 und 489/2 vom Wasserzweckverband Freiberg auf den Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen“ genehmigt.

Die Zweckvereinbarung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Zweckvereinbarung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Chemnitz, den 24. März 2025

Landesdirektion Sachsen
Caspar
Referatsleiter

**Zweckvereinbarung
zur Übertragung der Aufgabe Wasserversorgung
für die Grundstücke im OT Reichenbach, Gemarkung
Reichenbach Flurstücke 587/1, 597/1 und 597/2 sowie im
OT Seifersdorf, Gemarkung Seifersdorf Flurstücke 437/2,
453a, 481/1, 483/2 und 489/2 vom Wasserzweckverband
Freiberg auf den Zweckverband „Kommunale Wasserver-/
Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen**

Auf der Grundlage der §§ 71f. des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134), des § 50 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22.12.2023 (BGBl. I Nr. 409), sowie des § 43

Absatz 1 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Juni 2024 (SächsGVBl. S. 636), und der Beschlüsse

– der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen vom 13.02.2025, Beschluss-Nr. 01/06/10/25 und

– der Verbandsversammlung des Wasserzweckverbandes Freiberg vom 23.09.2024, Beschluss Nr. 09/24/06
schließen der

Zweckverband „Kommunale Wasserver-/Abwasserentsorgung Mittleres Erzgebirgsvorland“ Hainichen, Käthe-Kollwitz-Straße 6, 09661 Hainichen, gesetzlich vertreten durch den Verbandsvorsitzenden, Herrn Ronny Hofmann (nachfolgend „ZWA“ genannt)

und der

Wasserzweckverband Freiberg, Hegelstraße 45, 09599 Freiberg, gesetzlich vertreten durch den Verbandsvorsitzenden, Herrn Dr. Martin Antonow (nachfolgend „WZF“ genannt)

die nachfolgende Zweckvereinbarung ab.

Grundlage/Vorbemerkung

Die Grundstücke im OT Reichenbach, Gemarkung Reichenbach Flurstücke 587/1, 597/1 und 597/2 sowie im OT Seifersdorf, Gemarkung Seifersdorf Flurstücke 437/2, 453a, 481/1, 483/2 und 489/2 gehören zu der Stadt Großschirma.

Die Stadt Großschirma hat die Aufgabe der Wasserversorgung gemäß § 43 Absatz 2 SächsWG für das Gebiet der Ortsteile Reichenbach und Seifersdorf vollständig auf den WZF übertragen und ist Verbandsmitglied des WZF.

Die o. g. Gebiete befinden sich nicht in einem örtlich zusammenhängenden Siedlungsgebiet, so dass eine Versorgungspflicht durch den WZF nur besteht, wenn ein wirtschaftlich vertretbarer Anschluss möglich ist (§ 43 Absatz 1 Punkt 1 SächsWG).

Die betroffenen Grundstücke befinden sich in unmittelbarer Nähe der noch zu errichtenden Wasserversorgungsanlage für den OT Lichtenstein der Gemeinde Striegistal.

Dieses Siedlungsgebiet Lichtenstein setzt sich aus drei Fluren zusammen, Goßberg, Gemeinde Striegistal sowie Reichenbach und Seifersdorf, Stadt Großschirma.

Eine Versorgung dieses Gebietes durch den WZF zu wirtschaftlich vertretbaren Kosten ist somit ausgeschlossen.

Die Gebiete der Stadt Großschirma können jedoch an die öffentliche Wasserversorgungsanlage, die der ZWA mittels der Förderrichtlinie öTIS realisiert, direkt angeschlossen werden.

Zur Herstellung der Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen ist es daher erforderlich, die Wasserversorgungspflicht für die im Satz 1 genannten Gebiete auf den ZWA zu übertragen. Dem dient diese Zweckvereinbarung, deren Abschluss gemäß § 71 Absatz 1 SächsKomZG zulässig ist, weil die daran beteiligten Körperschaften verpflichtet sind, die Aufgaben entsprechend der Regelung in ihrer Verbandssatzung zu erfüllen.

Mit der Zweckvereinbarung wird die Aufgabe der Wasserversorgung für das im Satz 1 genannte Gebiet auf den ZWA übertragen.

§ 1 Aufgabenübertragung

(1) Der WZF überträgt die Aufgabe der Wasserversorgung gemäß § 50 WHG i. V. m. § 43 SächsWG für die im Verbandsgebiet des WZF gelegenen Grundstücke im OT Reichenbach, Gemarkung Reichenbach Flurstücke 587/1, 597/1 und 597/2 sowie im OT Seifersdorf, Gemarkung Seifersdorf Flurstücke 437/2, 453a, 481/1, 483/2 und 489/2 auf den ZWA (Anlage 1 Grundstücksverzeichnis und Anlage 2 Übersichtslageplan).

(2) Der ZWA übernimmt die Aufgabe der öffentlichen Wasserversorgung für das in Absatz 1 bezeichnete Gebiet und verpflichtet sich, dieses dauerhaft mit Wasser entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und seiner Verbandssatzung zu versorgen. Der ZWA übernimmt das in Absatz 1 bezeichnete Gebiet in sein Wasserversorgungskonzept.

(3) Mit der Übertragung gehen die Rechte und Pflichten zur Ausführung der Wasserversorgung und die dazu notwendigen Befugnisse einschließlich der Gebühren- und Entgelthoheit gemäß § 60 Abs. 3 SächsKomZG auf den ZWA über.

§ 2 Aufgabeführung, Finanzierung

(1) Die hoheitlichen Befugnisse hinsichtlich der Wasserversorgung gegenüber den Eigentümern des in § 1 Absatz 1 bezeichneten Gebietes gehen auf den ZWA über. Dieser wendet mit Inkrafttreten dieser Zweckvereinbarung seine rechtlichen Rahmenbestimmungen i. V. m. den gesetzlichen Grundlagen und den jeweils geltenden Regelungen in der aktuellen Fassung an.

(2) Die Finanzierung der Wasserversorgung für das in § 1 Absatz 1 bezeichnete Gebiet erfolgt über Benutzungsentgelte und/oder Beiträge bzw. Baukostenzuschüsse, die der ZWA auf der Grundlage seines jeweils geltenden Satzungs- und sonstigen Rechts erhebt.

§ 3 Dauer der Zweckvereinbarung

(1) Diese Zweckvereinbarung steht in Übereinstimmung mit den Wasserversorgungskonzepten der beiden beteiligten Zweckverbände und wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(2) Die Zweckvereinbarung kann aus Gründen des öffentlichen Wohls mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde aufgehoben werden. Dem öffentlichen Wohl entspricht es insbesondere, wenn das in § 1 Absatz 1 bezeichnete Gebiet an die öffentlichen Wasserversorgungsanlagen des WZF angeschlossen werden kann.

§ 4

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Zweckvereinbarung bedarf der Genehmigung der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde. Die Zweckvereinbarung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

(2) Die Aufhebung dieser Zweckvereinbarung (§ 3 Absatz 2) bedarf der Genehmigung der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde. Die Aufhebung der Zweckvereinbarung wird am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung im Sächsischen Amtsblatt bzw. an einem für später bestimmten Termin wirksam.

Hainichen, den 13. Februar 2025

Ronny Hofmann
Verbandsvorsitzender
ZWA

Freiberg, den 23. September 2024

Dr. Martin Antonow
Verbandsvorsitzender
WZF

Anlage 1

Gemeinde	Gemarkung	Flstk.Z	Flstk.N	Objekt
Großschirma	Seifersdorf	489	2	Lichtensteiner Straße 30
	Seifersdorf	437	2	Lichtensteiner Straße 29
	Seifersdorf	483	2	Lichtensteiner Straße 34
	Seifersdorf	481	1	Lichtensteiner Straße 36
	Seifersdorf	453	a	Lichtensteiner Straße 31
	Reichenbach	587	1	Zur Aue 50
	Reichenbach	597	1	Zur Aue 43
	Reichenbach	597	2	Zur Aue 43a

Zur Aue 50
Flurstk.: 587/1
Gemarkung Reichenbach

Zur Aue 43 + 43 A
Flurstk.: 597/1 + 597/2
Gemarkung Reichenbach

PE 90 x 8,2

Gemeindegrenze

Lichtensteiner Straße 36
Flstk.: 481/1
Gemarkung Seifersdorf

Lichtensteiner Straße 30
Flstk.: 489/2
Gemarkung Seifersdorf

Lichtensteiner Straße 34
Flstk.: 483/2
Gemarkung Seifersdorf

Lichtensteiner Straße 31
Flstk.: 453/a
Gemarkung Seifersdorf

Lichtensteiner Straße 29
Flstk.: 437/2
Gemarkung Seifersdorf

PE 50 x 4,6

PE 50 x 4,6

PE 63 x 5,8

PE 63 x 5,8

ZWA Hainichen / Planauskunft	
	Planwerk: Übersichtsplan
	Maßstab: 1 : 5000
	Datum: 21.01.2025
	Ersteller: Jörg Fritsch
	Seite 1 von 1

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zum Vollzug der Verordnung zur Regelung des
Verfahrens bei Zulassung und Überwachung industrieller
Abwasserbehandlungsanlagen und Gewässerbenutzungen
über den Antrag auf wasserrechtliche Genehmigung für
den Bau und Betrieb einer Abwasserbehandlungsanlage
auf dem Betriebsgelände der Vopelius Chemie AG**

Gz.: 41-8618/1133

Vom 26. März 2025

Die Landesdirektion Sachsen macht gemäß § 4 Absatz 1 Satz 1 der Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 1011, 3756), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225) geändert worden ist, Folgendes bekannt:

Die Vopelius Chemie AG in 04318 Leipzig beantragte am 15. Januar 2025 eine wasserrechtliche Genehmigung für den Bau und Betrieb einer Abwasserbehandlungsanlage auf dem Betriebsgelände Torgauer Straße 76d in 04318 Leipzig. Die vor Ort bereits vorhandene Abwasserbehandlungsanlage ist überholt und entspricht nicht mehr dem geltenden Standard. An gleicher Stelle soll sie durch eine baugleiche Anlage ersetzt werden, die entsprechend den gesetzlichen Vorgaben nach dem Stand der Technik errichtet, betrieben und unterhalten wird.

In der neuen Abwasserbehandlungsanlage wird das anfallende Abwasser aus den Prozessanlagen in den beiden Stapelbehältern zwischengespeichert und anschließend in die Chargenreaktoren gepumpt. In den Chargenreaktoren wird das Abwasser mithilfe von Hilfsstoffen behandelt und anschließend über den Mehrschichtfilter und den Ionenaustauscher in den Spül- und Endkontrollbehälter gefördert. Nach der Endkontrolle erfolgt die Ableitung des Abwassers in die öffentliche Kanalisation. Mit der baulichen Erneuerung der Abwasserbehandlungsanlage wird sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht keine Veränderung des abzuleitenden Abwassers einhergehen.

Die Abwasserbehandlungsanlage ist eine Anlage nach § 60 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist, in Verbindung mit Artikel 10 Anhang 1 Nummer 4.2 Buchstabe d der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung). Die voraussichtliche Inbetriebnahme der Abwasserbehandlungsanlage soll im September 2025 erfolgen.

Für das Vorhaben ist gemäß § 2 Absatz 1 der Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung ein förmliches Verfahren nach den §§ 3 bis 6 der IZÜV durchzuführen. Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt nach § 4 Absatz 1 der Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung. Der vorliegende Antrag wurde gestellt nach § 60 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit den §§ 2 bis 6 der Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung.

Zuständig für das Verfahren und die Entscheidung über die Zulässigkeit des beantragten Vorhabens ist die Landesdirektion Sachsen.

Die Planunterlagen, die ausgelegt werden, beinhalten die technische Planung (Zeichnungen, Pläne und Erläuterungen) sowie weitere das Vorhaben betreffende entscheidungserhebliche Berichte und Empfehlungen. Zu letzteren gehört der Ausgangszustandsbericht vom 20. April 2018.

Sie liegen in der Zeit

vom 14. April 2025 bis 14. Mai 2025

für jedermann zur Einsichtnahme auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://lds.sachsen.de/bekanntmachung> und weiterführend verlinkt unter Umweltschutz/Wasserwirtschaft der genannten Seite, dort in der rechten Spalte unter „Stadt Leipzig – Bau und Betrieb einer Abwasserbehandlungsanlage auf dem Betriebsgelände der Vopelius Chemie AG“, aus und können in diesem Zeitraum eingesehen werden. Auf Verlangen wird eine leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt.

Weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die der Landesdirektion Sachsen erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, werden der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich gemacht.

Einwendungen gegen das Vorhaben können

vom 14. April 2025 bis einschließlich 16. Juni 2025

schriftlich oder elektronisch bei der Landesdirektion Sachsen vorgebracht werden. Der Zugang für elektronische Dokumente ist auf die Dateiformate .docx und .pdf beschränkt. Die Übermittlung des elektronischen Dokuments hat an die Adresse post@lds.sachsen.de zu erfolgen. Für alle Einwendungen gilt das Datum des Posteingangs.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Das gilt nicht für ein sich anschließendes Widerspruchs- und Klageverfahren.

Die Einwendungen müssen leserlich neben dem Vor- und Familiennamen auch die volle Anschrift des Einwenders tragen. Unleserliche Namen oder Anschriften werden bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen.

Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Vor- und Familiennamen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus können auch nur solche Einwendungen berücksichtigt werden, die konkret angeben, welche Beeinträchtigungen befürchtet werden. Die Einwendungsschreiben werden der Antragstellerin zwecks Stellungnahme zur Kenntnis gegeben. Die Antragstellerin ist zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen verpflichtet. Die Behörde soll auf Verlangen des Einwenders dessen Namen und Anschrift vor der Bekanntgabe an die Antragstellerin unkenntlich machen, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter <https://www.lids.sachsen.de/datenschutz>

Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die Landesdirektion Sachsen als Genehmigungsbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen über die Durchführung eines Erörterungstermins. Für den Fall, dass die form- und frist-

gerecht erhobenen Einwendungen zu erörtern sind, wird der Erörterungstermin hiermit für den

9. Juli 2025 ab 10:00 Uhr

im Raum 427 der Landesdirektion Sachsen, Braustraße 2, 04107 Leipzig bestimmt. Der Erörterungstermin ist öffentlich. Zu diesem Termin sind die Personen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, eingeladen.

Einwendungen, die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, werden im Erörterungstermin nicht behandelt.

Es wird darauf hingewiesen, dass die erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben der Antragstellerin oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden. Zum Erörterungstermin erfolgt keine gesonderte Einladung.

Der Wegfall des Erörterungstermins wird öffentlich bekannt gemacht.

Die Entscheidung über den Antrag wird öffentlich bekannt gemacht. Die Zustellung der Entscheidung über den Antrag an die Personen, die Einwendungen erhoben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Leipzig, den 26. März 2025

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der dritten Änderungssatzung
zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes
„Wilde Sau“ vom 29. September 2015**

**Gz.: 20-2217/14/2
Vom 27. März 2025**

Die Landesdirektion Sachsen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 14. Februar 2025 auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die von der Versammlung des Abwasserzweckverbandes „Wilde Sau“ am 25. November 2024 beschlossene dritte Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Wilde Sau“ vom 29. September 2015 genehmigt.

Die dritte Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Wilde Sau“ tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 27. März 2025

Landesdirektion Sachsen
Caspar
Referatsleiter

**3. Änderungssatzung zur
Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Wilde Sau“
vom 29.09.2015**

Auf der Grundlage der §§ 47 Absatz 1, 48, 61 sowie 26 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 geändert worden ist, hat die Versammlung des Abwasserzweckverbandes „Wilde Sau“ am 25. November 2024 folgende 3. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes „Wilde Sau“ vom 29.09.2015 (SächsABl. S. 1457) beschlossen:

I. Änderungen in § 8 der Verbandssatzung

§ 8 Absatz (1) wird wie folgt geändert:

**§ 8
Einberufung der Versammlung**

(1) Die Versammlung tritt auf schriftliche oder elektronische Einladung des Vorstandsvorsitzenden zusammen. Die Einladung muss Tagungszeit und -ort sowie die Beratungsgegenstände angeben und den Mitgliedern der Versammlung spätestens eine Woche vor der Sitzung zugehen. In dringenden Fällen kann diese Frist bis auf 24 Stunden verkürzt werden, wenn in der Einladung auf die Dringlichkeit des Falles ausdrücklich hingewiesen wird.

II. In-Kraft-Treten

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung und der Bekanntmachung ihrer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Wilsdruff, den 25. November 2024

Abwasserzweckverband „Wilde Sau“
Carsten Hahn
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachungsanordnung gemäß § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung

Nach § 4 Absatz der Sächsischen Gemeindeordnung gilt die vorstehende Satzung, sofern sie unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen ist, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Absatz 3 in Verbindung mit § 21 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber dem Verband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Wilsdruff, den 25. November 2024

Abwasserzweckverband „Wilde Sau“
Carsten Hah
Verbandsvorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

3. April 2025

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 244,54 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 62,77 Euro Postversand) bzw. 142,19 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 6,53 Euro zzgl. 3,67 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797 CLASSIC+4 Pressepost **Deutsche Post** 